

TEIL 3 ESSAY

Es ging alles sehr schnell, für politische Verhältnisse sogar extrem schnell. Begonnen, zumindest in der Wahrnehmung der Bundesbürger, hatte alles mit der Spaltung des AFD Landesverbandes Baden-Württemberg im Sommer 2016.

Der AFD-Bundesvorstand rief die Beteiligten zur Ordnung und zur Einigkeit auf, doch längst gab es Überlegungen von Personen außerhalb der Partei, diese Zwiebrucht für eigene Zwecke zu nutzen.

Herold Blauermann, Inhaber einer der größten Expeditionen Europas, Bernhard Bender, Alleinerbe eines milliardenschweren Pharmakonzerns, Edmund Schmidt, der Discounterkönig, sowie drei weitere Großkapitalisten hatten vor allem eines: Geld ohne Ende. Sie waren bereit, einen Teil ihres Vermögens umzuschichten, und zwar in Macht. Sie waren es leid, durch den Staat mit Steuern, Abgaben, gesetzlichen Restriktionen und vielem mehr gegängelt zu werden. Sie wollten mitbestimmen, und dies nicht nur mit Lobbyarbeit des politischen Kompromisskarussells der vergangenen Jahrzehnte. Sie waren sich durchaus bewusst, dass ihre eigene leibliche Hülle nicht für alle Ewigkeit bestehen würde. Politische Umwälzungen brauchten Zeit, viele, viele Jahre, die sich diese Herren nicht nehmen wollten. Die Zeit, um sich selbst ein ewiges Denkmal zu setzen und es lebend auskosten zu können, rann ihnen zwischen den Fingern davon.

Von Dingen wie Umsturz, Putsch oder gar Revolu-

tion hielten sie nichts. Zu groß war die Gefahr, alles zu verlieren. Sie wollten auf legalem Weg an die Macht, um über das Wohlergehen von über 80 Millionen Bundesbürgern zu entscheiden. Politisch gesehen hatten sie so wenig Ahnung wie der US-amerikanische Präsident Donald Trump, das politische Tagesgeschäft wollten sie anderen überlassen. Anderen, die selbstverständlich von ihnen abhängig waren und die wichtigsten Vorhaben in ihrem Sinne umsetzten.

Blauermann, Bender und der Rest waren sich einig, nach außen hin nicht in das politische Tagesgeschäft einzugreifen. Der Plan, den sie in mehreren Geheimtreffen schmiedeten, enthielt sogenannte Meilensteine, die ihnen als Frühindikatoren dienten, um im Bedarfsfall den Plan anpassen zu können. Fünf Jahre planten sie in die Zukunft, dann sollte nach ihrem Willen Deutschland nur noch aus einer Scheindemokratie bestehen.

Zwei Dinge erkannten sie als entscheidend. Sie mussten in der Bevölkerung in kürzester Zeit eine kritische Masse erreichen, die ihnen nach dem Mund redete. Der zweite Punkt beinhaltete eine gewisse Isolation Deutschlands und war nicht ganz so eilig. Die von großen Teilen der Bevölkerung vermutete Fremdherrschaft durch die EU kam den Herren natürlich zupass.

Inzwischen verfügten die Großkapitalisten über einen ansehnlichen Fundus an Schlagworten, die ebenso einfach wie prägnant waren und sowohl den einfachen Mann auf der Straße als auch die Mittelschicht ansprachen und damit über 80 Prozent der Bevölkerung erreichten. Bei der Findung der Parolen und Phrasen bediente man sich unter anderem hemmungslos bei den anderen Parteien.

Völlig von der Öffentlichkeit unbemerkt, gelang es dem Konsortium, in Frankenthal in der Pfalz einen insolventen Verlag nebst Druckerei zu erwerben. Das Führungspersonal wurde ausgetauscht und das Medienhaus in »Der Neue Deutsche GmbH« umfirmiert. In der Nachbarschaft hatte man große Lagerhallen angemietet, in denen Millionen von Prospekten und Handzetteln auf Europaletten lagerten. Zur Verteilung stellte der Spediteur Blauermann einen Teil seiner Fahrzeugflotte zur Verfügung.

Zu diesem Zeitpunkt stand längst fest, dass man als neu gegründete Partei mit dem dreisten Namen NAFD, also die »Neue Alternative für Deutschland« für Aufruhr sorgen wollte. Mit diesem Kniff wollte man den weniger politisch Interessierten suggerieren, dass es sich um eine Abspaltung der bestehenden AFD handelte, was faktisch natürlich nicht stimmte.

Zur Vorbereitung des Eindringens in den Markt – die Männer sahen das ganz betriebswirtschaftlich – wurden in der Ukraine Dutzende Internetauftritte kreiert und prophylaktisch mit wohlfeilen Inhalten befüllt. Sämtliche Seiten konnten per Knopfdruck aktiviert werden, und zur selben Sekunde würden der Online-Auftritt des Bundesverbandes der NAFD sowie sämtliche Landesverbände zu existieren beginnen. Alle Internetauftritte erhielten sodann von einer zentral gesteuerten Stelle aufeinander abgestimmte Inhalte. Widersprüche oder offen ausgetragene Zwistigkeiten zwischen den Landesverbänden waren damit von vornherein ausgeschlossen. Was für die Internetauftritte galt, galt selbstverständlich auch für alle verfügbaren Social-Media-Kanäle.

Für den geplanten Raketenstart hatten sich Blauer-
mann und seine Freunde ein weiteres Bonbon ausgedacht,
das allerdings wegen der fehlenden Legalität in keinem
Protokoll stand: Man hatte in Pakistan für ein Schweine-
geld eine freischaffende Hackertruppe engagiert, der es
gelingen war, sich Zugang zu vielen deutschen Internet-
auftritten von Parteien und meinungsbildenden Institu-
tionen und Pressemedien zu verschaffen. Diese Zugänge
wurden nicht öffentlich gemacht, und den betroffenen
Parteien beziehungsweise Unternehmen waren die poten-
ziellen Angriffsmöglichkeiten nicht bekannt. Gleich nach
dem Startschuss würden die gut bezahlten Hacker mit
gefälschten Nachrichten diese Online-Seiten kompromittieren.

Die Vorbereitungen für den medialen Overflow waren
gerade abgeschlossen, als die Abspaltung des AFD Lan-
desverbandes in Baden-Württemberg durch die Presse
ging. Sofort war sich das Milliardärskonsortium einig,
dass dies der perfekte Zeitpunkt wäre. Eiligst wurden
die Papiermedien in ganz Deutschland verteilt und die
Online-Auftritte freigeschaltet. Die Presseorgane wur-
den mit vorbereiteten Erklärungen bombardiert, und die
pakistanischen Hacker veränderten die Internetseiten
von mehreren Hundert fremden Online-Auftritten, die
nun allesamt positiv über die Neugründung der NAFD
berichteten. Die diskreditierten Großparteien benötigten
teilweise bis zu drei Tage, um die Falschmeldungen von
ihren Servern zu löschen, doch bis dahin war es längst
zu spät. Die Richtigstellungen und die damit verbunde-
nen Verdächtigungen gegenüber der NAFD waren Stun-
den später in der breiten Mehrheitswahrnehmung wieder

in Vergessenheit geraten, zumal sie von dem massenhaften und permanenten Output an Kurzinformationen der NAFD regelrecht überrollt wurden.

Das Führungspersonal der NAFD stand wie ein Phönix aus der Asche sofort zur Verfügung. Dies war für Blauermann und seine Freunde im Vorfeld ein heikler Punkt gewesen. Die angeworbenen Personen, etwa die Hälfte bestand aus Frauen, wurden sorgfältig ausgewählt. In diskreten Kleingruppengesprächen wurden aussichtsreiche Kandidaten eruiert und auf ihre neuen Rollen vorbereitet. Oft stammten die Personen aus der zweiten Reihe der etablierten Parteien, wobei es nur wenig Unterschied machte, ob diese Parteien eher links, rechts oder zur Mitte orientiert waren. Vordergründig brachte man den Kandidaten kein neues politisches Konzept näher, sondern fast ausschließlich die Befriedigung ihrer individuellen Bedürfnisse. Bei vielen war es das Bedürfnis, in die erste Reihe zu gelangen, bei manchen spielte zusätzlich die monetäre Seite eine Rolle, selten auch der Ehrgeiz, ein neues Lebensprojekt zu beginnen und sich selbst zu verwirklichen.

Bei allen Bedürfnissen konnte das Konsortium helfen. Der finanzielle Aspekt spielte sowieso keine Rolle, und Parteipositionen in der ersten Reihe hatte man mehr als genug zu vergeben.

So gelang es, hochkarätige Experten zu gewinnen, die gewillt waren, mit Disziplin an einem gemeinsamen Ziel zu arbeiten, das zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht so exakt definiert war.

Insgesamt hatte man rund 100 Mitarbeiter gewinnen können, denen man als Gründungsmitglieder neben

einem gut dotierten Arbeitsvertrag einen Aktienanteil an der Partei zusprach.

Das Risiko bestand für Blauermann und die anderen darin, dass sich innerhalb der Führungsriege etwas verselbstständigte. Man versuchte, dem vorzubeugen, indem exakte Handlungsleitfäden für die verschiedenen Positionen entworfen wurden. Für die meisten der Gründungsmitglieder bedeutete dies für die erste Zeit, die einzelnen Gaue, regionale Unterteilungen der Landesverbände, aufzubauen und den zu erwartenden Massenansturm an Neumitgliedern organisatorisch abzuwickeln. Die Gauleiter durften die Ortsleiter in Eigenregie ernennen, wobei viele bei Freunden und Bekannten fündig wurden, um diesen ebenfalls relativ einflussreiche Positionen zuzuschustern. Für die Registrierung der Neuaufnahmen hatte man in der Hauptstadt eine Führungsstelle entworfen, die in kürzester Zeit die benötigten Sachbearbeiter einstellen konnte.

Die Entwicklung der NAFD verlief rasend schnell und zumeist in geordneten Bahnen. Sogenannte parteiinterne Feuerwehrrkräfte sorgten bei Unstimmigkeiten schnell für Ruhe und eine gemeinsame Linie, auch wenn die Art und Weise bisweilen hart an der Grenze des Erlaubten war. Nur zwei- oder dreimal musste man sich von Gründungsmitgliedern trennen, nicht ohne ihnen vorher mit untergeschobenen Gemeinheiten die Zukunft zu zerstören und sie in der Öffentlichkeit unglaubwürdig zu machen.

Die Parteistruktur wuchs wie gewünscht in die Breite und in die Tiefe. Von vornherein hatte man daran gedacht, übermäßig viele Hierarchiestufen zu etablieren, um den Mitgliedern das Gefühl des persönlichen Aufstiegs – ein

wichtiges Erfolgsindiz – zu vermitteln. Es ging zunächst nicht in erster Linie um das Verwirklichen der Parteiziele, sondern um das Erreichen eines Niveaus der Zufriedenheit bei den Mitgliedern.

In der Führungsriege, die den Bundesverband der NAFD direkt führte, hatte man bereits im Herbst eine ganze Reihe von Personen identifiziert, die für eine Rolle als Mitglied im Bundestag oder den Landtagen infrage kamen.

Leider waren die Bewerbungsfristen für die Landtagswahlen im September 2016 für Mecklenburg-Vorpommern und Berlin bereits abgelaufen.

Den ersten kleinen Erfolg erzielte die Partei, als es in der Landtagswahl Ende März 2017 drei NAFDler in den saarländischen Landtag schafften.

Nur sechs Wochen später wählten Teile des deutschen Volkes bereits 20 Abgeordnete in den schleswig-holsteinischen Landtag. Beflügelt von diesem Erfolg gelang dieses Kunststück eine Woche später den Kollegen in Nordrhein-Westfalen, hier waren es ebenfalls 20 Abgeordnete.

Keine der etablierten Parteien ging eine Koalition mit der NAFD ein, was Blauermann und seine Mitstreiter mit einem Lächeln zur Kenntnis nahmen. Längst waren sie in die Vorbereitungen für die Bundestagswahl im September 2017 eingestiegen. Selbstbewusst präsentierte man der Bevölkerung ein eigenes Schattenkabinett. Die Themen des Wahlkampfes vereinfachte man ein weiteres Mal, um ja kein ungenutztes Wählerpotenzial am unteren Ende des Bildungsniveaus zu vernachlässigen.

Den August und den September 2017 erlebten Blauermann und seine Freunde wie im Rausch. Die täglichen

Wahlprognosen – nur ein kleiner Teil davon war gefälscht und von der NAFD über dunkle Kanäle ans Licht der Öffentlichkeit geschleust – überboten sich ständig mit höheren Wahlergebnissen für die NAFD. Die Große Koalition CDU/CSU und SPD beriefen sogar Notgespräche ein, um der rechten Gefahr begegnen zu können. Inständig hoffte die Regierung, dass im 19. Deutschen Bundestag neben den eigenen Parteien auch die Grünen und die FDP vertreten sein würden. Eine Koalition mit der NAFD und mit der inzwischen unter fünf Prozent gerutschten AFD wurde von allen großen Parteien von vornherein ausgeschlossen, was man so in der Öffentlichkeit kundtat.

Die NAFD-Führungsriege gab sich unbeeindruckt und kämpferisch. Klar, das Parteiprogramm war eindeutig rechtspopulistisch ausgerichtet. Nur damit konnte man in der Gegenwart der Politik der Großen Koalition Kontra geben. Angela Merkel war in den Augen der Bevölkerungsmehrheit eine Kämpferin für EU, Euro und Flüchtlinge, die es versäumte, sich um die ureigenen Belange des deutschen Volkes zu kümmern. Das war natürlich Quatsch, doch in diesem Fall entschied nicht die Wahrheit oder die Fakten, sondern ganz allein die Stimmung im Volk.

Die rechtspopulistischen Parolen waren für die unpolitischen Milliardäre nur Mittel zum Zweck. Wie sie ihr Parteiprogramm in ein paar Jahren tatsächlich entwickeln würden, war völlig unentschieden. Zuerst in kurzer Zeit an die Macht gelangen, dann sah man weiter.

In den drei Monaten vor der Bundestagswahl legte man ein Aktienprogramm für Neumitglieder auf. Mit diesen

Wertpapieren konnte man sich einen Anteil am fiktiven Vermögen der Partei sichern. Wie hoch dieses war und aus welchen Werten es bestand, das wusste niemand so genau, und es interessierte auch niemanden. Jeder Aktienkauf war mit einer Sperrfrist von fünf Jahren und mit einer Grunddividende von vier Prozent versehen. Wegen des äußerst niedrigen Zinsniveaus auf dem Kapitalmarkt verkauften sich die Aktien wie warme Semmeln. Jeder konnte diese hoch dotierten Aktien erwerben, Hauptsache, er war Mitglied der NAFD.

Um den Sturm auf die Papiere zusätzlich zu erhöhen, wurden Zusatzprämien für Rentner, Pensionäre, Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger, Hausfrauen, Studenten und Bürger unter 25 Jahren ausgelobt. Die Einnahmen durch das Aktienprogramm waren immens.

Die Führungsriege war auf die Einnahmen aus diesem Zusatzgeschäft nicht angewiesen, das Geld wurde komplett in den Ausbau der medialen Versorgung gesteckt, wobei mehr als zwei Drittel für elektronische Medien verwendet wurden.

Die Wahl zum 19. Deutschen Bundestag schrieb Geschichte. FDP und Grüne waren an der Fünfprozentklausel gescheitert, die AFD, die es gerade noch geschafft hatte, musste sich mit einem mickrigen Anteil zufriedengeben.

Das Dilemma war für die etablierten Parteien der hohe Wahlgewinn der NAFD, die nur knapp an der Mehrheit vorbeischrammte. Die CDU/CSU lag in Summe gesehen mit der SPD wenige Stimmen dahinter. Die NAFD lehnte wiederum eine Koalition mit der AFD aus grundsätzlichen Erwägungen ab.

Das Flennen der großen Parteien in den Tagen nach der Wahl nutzte nichts, als demokratische Partei musste man sich dem Willen des Wahlvolks unterwerfen.

Blauermann, Bender und die anderen Milliardäre benötigten zwei Tage, um ihre alkoholgefluteten Körper wieder gesellschaftsfähig zu machen. Danach setzten sie sich mit den Spitzen ihrer Partei zusammen und beschlossen, der CDU/CSU ein Angebot zur Koalition zu machen, das diese nicht ablehnen konnte.

Zähneknirschend gab die CDU/CSU nach tagelangen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen bekannt, gemeinsam mit der NAFD die Geschicke Deutschlands lenken zu wollen. Als Druckmittel benutzte die NAFD die potenzielle Möglichkeit einer Koalition mit der AFD. Die CDU/CSU biss in den sauren Apfel und hoffte, mit der Regierungsbeteiligung ihren Ruf nicht vollkommen zu verlieren. Als kleines Dankeschön erhielten sie überproportional viele Ministersitze im neuen Kabinett. Der Bundeskanzler Dr. Mathias Segrem und die Innenministerin Dr. Wiebke Wiedemann wurden von der NAFD gestellt.